

Erscheint täglich außer Sonntagen.
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“ Bezugspreis
beide Ausgaben 80 Pf. pro Woche, 3,00 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Nonpareilzeile
80 Pf., Kleinzeile 5 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Postfachkonto Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37336. Fernsprecher: Dönhofs 292 bis 297

Republikverschubgesetz verzögert.

Verabschiedung im Reichstag immer weiter hinausgeschoben.

Der Ausschuss des Reichstages beschäftigte sich am Mittwochvormittag mit den Dispositionen für die nächsten Tage. Es wurde beschlossen, in der Sitzung am Donnerstag das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Minister (Ministerpensionsgesetz) und sonstige kleinere Vorlagen zu behandeln, und am Freitag den Nachtragsetat auf die Tagesordnung zu setzen. Der Sonnabend soll sittingsfrei bleiben.

Der Wiederbeginn der Verhandlungen in der nächsten Woche ist auf Donnerstag, dem 6. März, festgesetzt. Es sollen die Young-Gesetze in zweiter und dritter Lesung verhandelt werden. Die Pause während der ersten Tage der nächsten Woche ist notwendig wegen der Konferenz über die Strafrechtsreform, die zwischen den österreichischen und den deutschen Juristen in Wien stattfindet.

Das Republikverschubgesetz befindet sich leider nicht unter den Beratungsgegenständen des Reichstages der nächsten Woche. Im Ausschuss haben sich lediglich Sozialdemokraten und Demokraten für eine sofortige Beratung des Republikverschubgesetzes eingesetzt, während Zentrum und Deutsche Volkspartei mit den Oppositionsparteien sich dem ausdrücklichen Wunsch der Reichsregierung auf sofortige Beratung des Republikverschubgesetzes widersetzen.

Die parlamentarischen Arbeiten geraten immer mehr ins Stocken. Der Gegensatz zwischen den Wünschen der Regierung und der Haltung von Zentrum und Volkspartei wird immer größer. Dieser Gegensatz ist bereits so stark, daß man im Reichstag von einer Obstruktion der Regierungsparteien gegen die Regierung zu sprechen beginnt. Die Dinge drängen zu einer Entscheidung.

Die Liquidationsabkommen. Beratung in den vereinigten Ausschüssen.

Haushaltsausschuss und Zusammenführender Ausschuss des Reichstages unterhielten sich heute vormittag über die zum Young-Abkommen gehörigen Liquidationsabkommen, ausschließlich des polnischen, über das die Debatte bereits geschlossen ist. Der Deutsch-nationale Reichstag wandte sich gegen die widerspruchsvolle Haltung Snowdens, der als Minister anders gehandelt habe, als er als Abgeordneter gesprochen hätte, und behauptete, das deutsch-englische Liquidationsabkommen sei verfassungswidrig. Dann hielt der Volksparteiler Schnee eine Rede über die deutsche Kolonien, die nach seiner Meinung mehr wert sind als das, was der ganze Weltkrieg die Alliierten gekostet hat. Der Grundgedanke der Helligkeit des Privateigentums sei von den Engländern im Krieg verletzt worden; er werde sich aber auch in England wieder durchsetzen.

Loni Sender (Soz.) führte gegenüber diesen Rednern aus, daß der Pariser Sachverständigenplan und das Haager Schiedsgericht die ganze Liquidationsfrage ungünstig präjudiziert haben. Auch Deutschland hat im Krieg Sequestermaßnahmen vorgenommen, im Kriege werde eben das Recht von niemand respektiert und müsse der Gewalt weichen. Das Liquidationsabkommen mit England schafft keine zusätzliche Belastung und wenn Reichart sagt, die Zustimmung sei ein Unglück, so müsse hinzugefügt werden, daß die Abkündigung erst recht ein Unglück sein würde. Das Abkommen reite immerhin 92 Millionen Mark, seine Revision sei wünschenswert, sei aber mit den anderen Rednern nicht zu erreichen.

Der Volksparteiler Dauch erzählte, er habe während des Krieges Bethmann mit aufgeschobenen Händen gebeten, gegen die Liquidationen keine Repressalien zu ergreifen. Er habe aber kein Gehör gefunden.

Nach weiteren Reden und Gegentreiben wurde die Aussprache über die Liquidationsabkommen mangels weiterer Wortmeldungen gegen 1 Uhr mittags abgeschlossen.

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)



Camille Chautemps,
der gestürzte französische Ministerpräsident.

6 Welthöchstleistungen in einem Flug. Mit 10000 Kilogramm, 1 1/2 Stunden in 3231 Meter Höhe.

Rom, 26. Februar.
Der italienische Flieger Domenico Antonini hat mit seinem Flugzeug „Caproni“ von 6000 PS und zehn Tonnen (10 000 Kilogramm) Belastung die Höhe von 3231 Meter erreicht und ist während seines Fluges eine Stunde und 31 Minuten in der Luft geblieben. Mit dieser Leistung hat er sich folgende sechs Welthöchstleistungen gesichert: 1. Aufstieg mit größter Belastung auf 2000 Meter Höhe, 2. Höhenrekord mit 7500 Kilogramm Belastung, 3. Höhenrekord mit 10 000 Kilogramm Belastung, 4. Dauerrekord mit 5000, 7500 und 10 000 Kilogramm Belastung. Die erste und vierte dieser Höchstleistungen wurden seit 1925 von Frankreich gehalten.

Privatdetektiv Peters der alleinige Täter? Wendung im Nordfalle Bauer.

Halle, 26. Februar.
In der Nordfalle Bauer ist jetzt eine neue Wendung eingetreten. Die Frau des ermordeten Geschäftsführers Bauer wird voraussichtlich am heutigen Mittwoch aus der Haft entlassen werden, da anzunehmen ist, daß die Beteuerung ihrer Unschuld tatsächlich der Wahrheit entspricht. Man neigt jetzt zu der Annahme, daß ihr Rechtsbeistand, der Privatdetektiv Peters, sowohl der Mörder als auch der Urheber der Tat ist.

Die Mehrheit gegen Chautemps.

Fraktion Loucheur gegen ihren Führer. — Gespaltenes Kommunistenthäuflein.

Paris, 26. Februar.

Die 292 Abgeordneten, die gestern gegen die Regierung gestimmt haben, verteilten sich auf die einzelnen Fraktionen wie folgt: Demokratisch-republikanische Vereinigung (Gruppe Marlin) 90, Demokratische und Soziale Union (Maginot) 32, Linksrepublikaner (Tardieu) 63, Soziale und Radikale Linke (Franklin-Bouillon) 12, Unabhängige 36, Katholische Demokraten 17, Radikale Linke (Loucheur) 25, Sozialrepublikaner 3, darunter der Landwirtschaftsminister im Kabinett Tardieu Henneff, Unabhängige Linke 5, Fraktionslose 6, darunter die Autonomen Stürmel und Walter, Kommunisten 3. 21 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten, nämlich 7 Kommunisten, 6 Mitglieder der Radikalen Linken: 3 von der Unabhängigen Linken, 2 von der Sozialen und Radikalen Linken, 1 Unabhängiger und 1 Sozialrepublikaner sowie der Kammerpräsident. Sieben Abgeordnete waren beurlaubt. Zwei Kommunisten konnten an der Abstimmung nicht teilnehmen. Sämtliche anderen 277 Abgeordneten haben für die Regierung gestimmt.

Diese Statistik bestätigt, was im „Vorwärts“ von heute morgen ausgeführt wurde, nämlich, daß die Gruppe der „Radikalen Linken“ den Zuschlag gegeben hat: von ihren 51 Abgeordneten haben nur 20 für eine Regierung gestimmt, der ihr Führer Loucheur und zwei weitere prominente Mitglieder angehörten, während 25 gegen das Kabinett stimmten und 6 sich der Stimme enthalten. Wer denkt dabei nicht an unsere Deutsche Volkspartei?

Seltener ist die Spaltung der Kommunisten. Chautemps hat zwar behauptet, daß die Mitteilung des Kammerpräsidenten, wonach sich die Kommunisten enthalten hätten falsch sei, vielmehr hätten die Kommunisten gegen die Regierung gestimmt. Dies hätte auch der Ankündigung ihres Redners Cochy entsprochen. Aber nach der amtlichen Statistik scheinen sieben von den zehn Kommunisten versucht zu haben, durch Stimmentziehung das Kabinett Chautemps zu retten, wahrscheinlich weil dieses eine politische Amnestie in Aussicht gestellt hatte, die mehreren inhaftierten kommunistischen Abgeordneten zugute gekommen wäre, die aber von einer Rechtsregierung nicht zu erhalten sein wird.

Das Fazit des Chautemps-Sturzes.

„Keine stabile Mehrheit.“

Paris, 26. Februar. (Eigenbericht.)

Die Pariser Presse bringt nach dem Sturz Chautemps über einstimmend die Auffassung zum Ausdruck, daß in der Kammer weder eine reine Rechts- noch eine reine Linksregierung eine tragbare Mehrheit besäße. Tardieu sei gestern zwar als moralischer Sieger aus der Schlacht hervorgegangen, er habe sich jedoch zu sehr exponiert, um die von ihm selbst geschlossenen Bündnisse jetzt sofort wieder helfen zu können. Insbesondere die große Informationspresse vertritt deshalb die Ansicht, daß der Präsident der Republik heute zunächst versuchen werde, in erster Linie Poincaré oder Briand, und in zweiter Linie Barthou oder Péret mit der Regierungsbildung zu beauftragen.

Im sozialistischen „Populaire“ schreibt der Generalsekretär der Sozialistischen Partei, Faure: Indem wir für Chautemps stimmten, haben wir Tardieu, Reynaud und Marin beiseite werten wollen. Das Ministerium Chautemps ist gefallen. Wieder einmal ist der Beweis erbracht, daß die Mehrheit rechtsgerichtet ist. Wenden wir uns also an das Land. Sprechen wir zu den Bauern und Arbeitern und bereiten wir im übrigen die Wahlen von 1932 vor. Das ist der wahre Kampf.

Straßendemonstrationen am Abend.

Der Sturz des Kabinetts Chautemps wurde in Paris durch Extrablätter bekanntgegeben und rief auf den Boulevards große Diskussionen hervor. Die Rechte hatte ihren Anhang bereits im Laufe des gestrigen Tages auf die Straße befohlen, so daß es nach der Meldung von dem Sturz des Kabinetts ähnlich wie im Juni 1926 bei dem Sturz des Ministeriums Herriot an den verschiedensten Stellen der französischen Hauptstadt zu Demonstrationen kam. Mit Rufen wie „Nieder mit Chautemps — Hoch Tardieu!“ und Schmähschriften gegen die Linksparteien durchzogen die nationalistischen Demonstranten die Straßen. Die Polizei war den Demonstrationen gegenüber standstillig und machtlos.

